

> Berlin aktuell

Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

wir haben derzeit eine paradoxe Situation in der politischen Landschaft, nicht nur in Berlin: Einerseits läuft unsere Wirtschaft so gut wie nie, die Zahl der Arbeitslosen sinkt stetig, auch hier bei uns in Nordfriesland und Dithmarschen! Der Geschäftsklimaindex ist auf einem Höchstwert angelangt, Gewerbetreibende im Einzel- und Großhandel oder beim Bau sind zufrieden.

Andererseits bangen wir im europäischen Kontext um einzelne Euroländer – Daher haben wir im Bundestag jetzt dem EU-Beschluss zugestimmt, unter Auflagen Irland finanziellen Beistand zu gewähren. Auch Großprojekte wie Stuttgart 21 oder der Ausbau von Hochspannungsleitungen, Flughäfen oder dergleichen sorgen immer wieder für Bürgerproteste. Unsere Demokratie ist lebendig, die Menschen interessieren sich für Politik. Aber Grüne und SPD nutzen dies auch dafür, Proteste für sich zu instrumentalisieren und unter der Prämisse „Hauptsache dagegen“ zwar für Bahnverkehr zu sein, aber gegen den Ausbau neuer Bahnhöfe, für erneuerbare Energien, aber gegen neue Stromleitungen, für Sport, aber gegen Olympische Spiele in Deutschland. Wir als Union müssen dafür sorgen, dass die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.

Der Bundestag hat den Bundeshaushalt für das nächste Jahr 2011 verabschiedet. Reduzierung der Neuverschuldung steht hierbei im Mittelpunkt, die mit Blick auf künftige Generationen von besonderer Wichtigkeit ist. Die geplante Neuverschuldung von ursprünglich 80 Milliarden Euro konnte fast halbiert werden, obwohl dies immer noch zu viel ist. Dabei hat die CDU/CSU-Fraktion großen Wert auf sozialen Ausgleich gelegt, jeder 2. Euro wird für soziale Maßnahmen ausgegeben.

Der größte Einzeletat für Arbeit und Soziales umfasst 131 Milliarden Euro.

Angesichts dieser enormen Summe, die immerhin die Hälfte unseres Haushaltes ausmacht, wirken die Vorwürfe der sozialen Kälte aus den Reihen der Opposition gegen die Koalition wie von einem anderen Stern.

Neu im Etat ist mehr Geld für Kinder aus hilfsbedürftigen Familien, diese sollen Bildungs- und Teilhabeleistungen in Höhe von 700 Millionen Euro erhalten. Daraus bezahlt werden Lernförderung, persönlicher Schulbedarf, Mittagsverpflegung und soziale und kulturelle Teilhabe.

Für die Advents- und Weihnachtszeit wünsche ich Ihnen besinnliche Stunden im Kreise Ihrer Familien und für das kommende Jahr 2010 Glück, Gesundheit und Zufriedenheit!

Ihr
Ingbert Liebing, MdB




Um die herausragende Bedeutung zu zeigen, die die maritime Wirtschaft für ganz Deutschland hat, veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 8.11.2010 im Berliner Reichstag einen Maritimen Kongress zum Thema „Maritime Wirtschaft – eine nationale Chance“. Auf dem Kongress sprachen neben maritimen Experten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Der Kongress geht auf eine Initiative des von Ingbert Liebing geleiteten Küstenkreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurück.

Heftiger Streit um Energiepolitik

Atomkraft und Erneuerbare Energien vereinbar?

Der Bundestag hat das Energiekonzept beschlossen; damit auch den Übergang ins Zeitalter der regenerativen Energien. Bis zum Jahr 2050 soll die Stromversorgung nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien erfolgen. Gleichzeitig wurde eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken um durchschnittlich zwölf Jahre beschlossen. Ingbert Liebing hat diesen Beschlüssen jeweils zugestimmt.

Oftmals werden Fragen gestellt, ob diese beiden Positionen denn miteinander vereinbar seien. „Ja“, sagt Ingbert Liebing eindeutig und begründet seine Position:

„Am 28. Oktober 2010 hat der Deutsche Bundestag eine umfassende energiepolitische Programmatik beschlossen, die am 28. September 2010 von der Bundesregierung vorgelegt worden war. Nie zuvor gab es ein so langfristiges, so umfassendes und so ambitioniertes Konzept für den Umbau des Energiesystems hin zum regenerativen Zeitalter. Die moderate Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke, die mit dem Konzept beschlossen wurde und die sich an Reststrommengen orientiert, ist sinnvoll und vertretbar. Damit wird zugleich der finanzielle Spielraum geschaffen, um staatliche Investitionen in die Neuausrichtung der Energiepolitik zu finanzieren: Der Ausbau erneuerbarer Energien, der Netzausbau und die Förderung von Speichertechnologien werden finanziell unterlegt, indem ein weit überwiegender Anteil der Zusatzgewinne aus der längeren Laufzeit für Kernkraftwerke genau für diese Zwecke abgeschöpft wird.“

Persönlich habe ich mich auch in der Vergangenheit dazu bekannt, dass Kernkraftwerke eine begrenzte längere Laufzeit erhalten sollen. Dabei ist mein entscheidendes Argument für eine Laufzeitverlängerung insbesondere die Unterstützung erneuerbarer Energien. Wenn es unser Ziel ist, so frühzeitig wie möglich eine hundertprozentige Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu erreichen, ist es aus meiner Sicht sinnvoller, die vorhandenen sicheren Kernkraftwerke begrenzt länger laufen zu lassen, als neue Kohlekraftwerke zu bauen, die mit Laufzeiten von 40 oder 60 Jahren bis in eine Zeit laufen müssten, in der wir doch schon eine hundertprozentige Stromversorgung aus erneuerbaren Energien erzielt haben wollen. Deshalb sprechen wir von der Kernenergie auch als Brückentechnologie zum regenerativen Zeitalter.

Längere Laufzeiten von Kernkraftwerken müssen die Stromnetze nicht verstopfen. Schon heu-

te brauchen wir einen Ausbau intelligenter Stromnetze. Zwingende Voraussetzung ist jedoch die Sicherheit der Kernkraftwerke. Wäre die Sicherheit nicht gegeben, müssten sie von heute auf morgen sofort abgeschaltet werden. Dies hat aber auch eine rot-grüne Bundesregierung und der vorrangegangene Bundesumweltminister Gabriel nicht vorgenommen.

Auch die bislang noch ungelöste Endlagerfrage ist aus meiner Sicht kein Argument gegen längere Laufzeiten. Dieses Problem, das uns unsere Vorgänger überlassen haben, muss unabhängig von der Laufzeit zwingend gelöst werden. Die Erkundungen in Gorleben werden wieder aufgenommen.

Ich bin überzeugt davon, dass es gute Gründe gibt, sowohl für längere Laufzeiten als auch für den Ausbau erneuerbarer Energien eintreten zu können. Von dieser Überlegung lasse ich mich leiten.“

Tourismus: Kinderlärm ist Zukunftsmusik

In verschiedenen Gremien des Deutschen Bundestages wird zurzeit über eine Änderung des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung beraten, um Kindergärten und Kinderspielplätze in Wohngebieten besser abzusichern. Da es gegen derartige Einrichtungen immer wieder Nachbarschaftsklagen gibt, soll klargestellt werden, dass diese Einrichtungen auch in reinen Wohngebieten zulässig sein sollen.

Ingbert Liebing unterstützt diese Initiative mit Nachdruck: „Wir brauchen ein anderes Bewusstsein in unserer Gesellschaft. Kinderlärm darf nichts Störendes sein, sondern für mich ist Kinderlärm Zukunftsmusik. Die Kinder sind unsere Zukunft, ihnen müssen wir Raum geben“, so Ingbert Liebing.

Persönlich setzt er sich dafür ein, die Initiative zur Änderung des Baugesetzbuches noch breiter zu fassen. So sollten auch andere Jugendeinrichtungen baurechtlich besser abgesichert werden, insbesondere Jugendherbergen. Der Jugendtourismus sei ein wichtiges Segment, das nicht in klein-karierten Nachbarschaftsaueinandersetzungen untergehen dürfe. Inwieweit die Kommunen dann von erweiterten baurechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, kann immer noch konkret vor Ort entschieden werden, so der CDU-Politiker. Dagegen gibt es jedoch deutlichen Widerstand insbesondere im federführenden Bundesverkehrs- und Bauministerium. Für Kindergärten sei der Wunsch verständlich, da diese Einrichtungen der örtlichen Wohnbevölkerung dienen. Dies sei bei Jugendherbergen nicht der Fall. Liebing hält dem entgegen: Bei dieser Diskussion geht es um das grundsätzliche Verständnis, wie wir mit Kindern und Jugendlichen umgehen.

Infos zu Nordschleswigern und Kommunal Finanzen

Liebing für Nordschleswiger engagiert

Dem Bundeshaushalt 2011 hat Liebing zugestimmt, weil er die Weichen grundsätzlich in Richtung der notwendigen Haushaltskonsolidierung stellt. Das Ziel, die unverantwortliche Nettoneuverschuldung kontinuierlich zu senken, wie es die Schuldenbremse im Grundgesetz vorsieht, ist richtig. Liebing hatte sich in den Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, die von der Bundesregierung vorgesehenen Haushaltskürzungen für die deutsche Minderheit in Nordschleswig abzumildern. Liebing: „Wir dürfen unsere deutschen Landsleute in Dänemark nicht im Stich lassen.“

Das Ziel konnte nicht voll erreicht werden. Dazu gab Liebing eine Erklärung im Bundestag zu Protokoll:

„Die Kürzung der Haushaltsmittel für die deutsche Minderheit in Nordschleswig um 1 Mio. Euro gegenüber dem Ansatz 2010 trifft die Deutschen in Nordschleswig hart. Diese Kürzung kann nicht mehr durch Effizienzgewinne aufgefangen werden. Jetzt stehen die Existenz von Einrichtungen, von deutschen Kindergärten und deutschen Schulen in Nordschleswig, auf dem Spiel. Ich habe mich in den vergangenen Haushaltsberatungen intensiv dafür eingesetzt, die ursprünglich vorgesehene Kürzung von 1,5 Mio. Euro abzuwenden. Die Minderung der Kürzung um 500.000 Euro ist sicherlich zu begrüßen. Die verbleibende Kürzung ist jedoch umso weniger verständlich, wenn gleichzeitig 3,5 Mio. Euro zusätzlich für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein mobilisiert werden, und wenn gleichzeitig 8 Mio. Euro zusätzlich zur Förderung der deutschen Sprache im Ausland eingesetzt werden. Den Deutschen in Nordschleswig, die dort die deutsche Kultur und deutsche Sprache in einem Raum aufrechterhalten, der nach dem Ersten Weltkrieg von Deutschland abgetrennt wurde, ist dieses Missverhältnis nicht zu erklären. Ich bedaure dieses Ungleichgewicht.“

Meine Zielsetzung ist es, in den nächsten Jahren eine bessere, angemessene Finanzausstattung für die deutsche Minderheit in Nordschleswig aus dem Bundeshaushalt zu erreichen.“

Über die Kommunal Finanzen offen diskutieren

Eine offene Diskussion, die auch Chancen begreift, fordert Ingbert Liebing in der Debatte über die Vorschläge von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zur Neuordnung der Kommunal Finanzen. Schäuble hatte sich entgegen früherer Überlegungen innerhalb der Koalition für den Erhalt der Gewerbesteuer ausgesprochen, den Kommunen Entlastung bei Sozialausgaben in Aussicht gestellt sowie ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer vorgeschlagen.

mensteuer vorgeschlagen.

Der Vorschlag zum Erhalt der Gewerbesteuer ist konsequent, nachdem die Koalition von Anbeginn an zugesagt hatte, die Gewerbesteuer nur dann in ein alternatives System zu überführen, wenn dies in Einklang mit der kommunalen Familie geschehen könne. Da bisher keine Chance auf einen Konsens erkennbar ist, gilt diese Zusage.

Für die Kommunen besonders interessant ist das Angebot des Bundesfinanzministers, eine vollständige Sozialaufgabe durch den Bund zu übernehmen. Im Gespräch ist hier die Grundsicherung im Alter. Damit hält Wolfgang Schäuble Wort, der sich in den vergangenen Monaten konsequent für eine finanzielle Entlastung der Kommunen eingesetzt hatte.

Neu ist auch der Vorschlag Schäubles, den Kommunen bei der Einkommensteuer eine Hebesatzkompetenz einzuräumen. Zwar muss dieser Vorschlag im Detail geprüft werden, aber hier kann auch eine Chancen für die Kommunen liegen. Liebing weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit immer die Forderung der Kommunen gewesen sei, an der Gewerbesteuer festzuhalten und ihnen ein kommunales Hebesatzrecht zu bewahren. Unterschiede zwischen Nachbarkommunen gibt es auch heute schon bei der Gewerbesteuer genauso wie bei der Grundsteuer. Unterschiedliche Hebesätze sind kein Mangel, sondern Ausdruck kommunaler Entscheidungskompetenz.

Gerade diese kommunale Entscheidungskompetenz wird sonst zu Recht von den Kommunalpolitikern gefordert. Deshalb muss sie auch bei der Einkommensteuer nicht von vornherein schlecht sein.

Heute bekommen die Kommunen von der Einkommensteuer 15% als Zuweisung. Künftig könnte dies mit der Hebesatzkompetenz ein eigenständiges Steuerrecht werden. Dabei bräuchte keine Kommune etwas zu verändern, wenn sie an den 15% festhalte. Liebing verwies darauf, dass schon heute über den kommunalen Finanzausgleich Stadt - Umlandverwerfungen bei Einnahmen und Aufgaben ausgeglichen würden. Dies könnte ggf. einen Bedarf für Neujustierungen ergeben, sollte aber kein prinzipielles Hindernis darstellen. „Mehr Mut“ forderte Liebing in dieser Debatte, die immerhin zwei Ziele zugunsten der Kommunen verfolgt: Die Verbesserung der kommunalen Finanzen, die aus dem Lot geraten sind, und die Verstärkung der Einnahmen, die gerade angesichts der hochgradig konjunkturanfälligen Gewerbesteuer zwingen notwendig sind.

Während in der Vergangenheit viele Versuche zur Neuordnung der Kommunal Finanzen gescheitert sind oder die damit verbundenen Erwartungen in den Kommunen nicht erfüllt wurden, sollte die jetzige Chance ergriffen werden, tatsächlich Verbesserungen für die Kommunen zu erreichen.

CCS: Weiter keine Einigung

Nach der Bundestagswahl im September 2009 hatte das Bundeswirtschaftsministerium forsch angekündigt, bis Weihnachten solle das CCS-Gesetz, das in der vorangegangenen Wahlperiode in der großen Koalition am Widerstand aus Schleswig-Holstein und innerhalb der Unionsbundestagsfraktion gescheitert war, beschlossen werden. Inzwischen ist ein ganzes Jahr ins Land gegangen und es gibt noch immer kein CCS-Gesetz, noch nicht einmal eine Einigung innerhalb der Bundesregierung.

Nach wie vor ist der Hauptstreitpunkt, ob den Bundesländern ein eigenständiges Recht eingeräumt werden soll, über die CO₂-Speicherung in ihrem Gebiet zu entscheiden. Dies ist die zwingende Forderung aus Schleswig-Holstein, für die sich innerhalb der Bundestagsfraktion vor allem Ingbert Liebing einsetzt. Er erfährt darin die Unterstützung durch Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen, aber erlebt auch den Widerstand aus dem Bundeswirtschaftsministerium, in der eigenen Fraktion bei Wirtschaftspolitikern, in anderen Fraktionen, aber auch im Kanzleramt gegen diese Länderrechte.

Auch in der letzten Kabinettsitzung vor Weihnachten stand das Thema CCS wieder nicht auf der Tagesordnung, weil es noch keine Einigung gibt. Da die Frist zur

Umsetzung der EU-Richtlinie im Juni 2011 ausläuft (unabhängig vom Inhalt des nationalen Gesetzes) und für das Vattenfall-Projekt in Brandenburg die Zeit für die angestrebten EU-Fördergelder bald ausläuft, ist damit zu rechnen, dass das Thema im Januar mit Hochdruck neu aufgegriffen wird.

Entscheidend wird sein, auch im Jahr 2011 konsequent an unserer Position festzuhalten und sie durchzusetzen, so dass keine Rechtsansprüche geschaffen werden, mit denen Projekte gegen den Willen der Region bzw. des Bundeslandes durchgesetzt werden können.

Liebing für Bildungspaket: Mehr Geld für Kinder!

Der Deutsche Bundestag hat nun die Hartz-IV-Gesetze dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes angepasst und dabei insbesondere das Bildungspaket für 2,3 Millionen Kinder aus bedürftigen Familien beschlossen. Damit werden notwendige Hilfen zielgerichteter eingesetzt. Hilfen kommen jetzt gesichert bei den Kindern an, indem ihnen bessere Teilhabe an Bildung und Freizeitgestaltung ermöglicht wird.

Liebing hatte sich am Vortag der abschließenden Abstimmung für das Paket in Berlin mit der Fachbereichsleiterin für Jugend, Arbeit, Soziales und Senioren in der nordfriesischen Kreisverwal-

tung, Dr. Gabriele Lamers, getroffen, die in Berlin am ersten "Tag der Jobcenter" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales teilgenommen hatte. Bei ihr informierte sich Liebing über die inzwischen weit fortgeschrittenen Vorbereitungen zur Umsetzung des Bildungspaketes. Liebing lobte, dass mit der Gutscheinelösung eine schlanke unbürokratische Lösung entwickelt worden sei. Das Bildungspaket ermöglicht Teilhabe von berechtigten Kindern an warmem Mittagessen in Schulen, Nachhilfe, Schulausflügen, Sport oder Musikschulen. Bundesweit werden dafür 700 Millionen Euro aus Bundesmitteln eingesetzt.

Mit dem Bildungspaket werden die Chancen von Kindern aus bedürftigen Familien deutlich verbessert. Damit besteht die Chance, die "Vererbung" von Hartz IV-Karrieren zu durchbrechen. Die Kinder sind Gewinner dieses Gesetzes. Liebing unterstützt zugleich den ebenfalls gefassten Beschluss, den Hartz IV Regelsatz um 5€ auf 364€ zu erhöhen. Dies ist angemessen und erstmals transparent berechnet. Es ist auch richtig, aus der Bedarfsbemessung Alkohol und Tabak herauszunehmen. Es kann nicht sein, dass die einen arbeiten und Steuern bezahlen und damit Alkohol und Zigaretten für diejenigen finanzieren, die nicht arbeiten. Alkohol und Tabak gehören eben nicht zum Existenzminimum.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp, Regine Sternebeck, Anne-Mareike Vanselow

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Jensen, Hannes Fuhrig

Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

